

## **Stellungnahme der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW)**

**zur Stellungnahme der Ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz vom 7. Oktober 2021 zur Weiterentwicklung der KMK-Strategie „Bildung in der digitalen Welt“**

Beschluss des Geschäftsführenden Vorstands der GEW vom 22. November 2021

### **Bildung nach Corona: Für eine demokratische und inklusive Digitalisierung**

Für eine demokratische und inklusive Digitalisierung, die das Wohlbefinden der Lernenden ins Zentrum stellt, fordern wir:

- Eine Digitalisierung, die marginalisierten Gruppen hilft, statt sie auszuschließen. Die in der Coronapandemie gewachsene digitale Spaltung muss überwunden werden.
- Eine Digitalisierung im Bildungsbereich in öffentlicher Verantwortung. Lernen mit digitalen Medien und Tools muss frei zugänglich und zugleich kostenfrei sein. Die Kontrolle der Qualität digitaler Tools und Medien für den Unterricht sollte in öffentlicher Hand liegen.
- Eine gute digitale Transformation von Bildung sollte neue pädagogische Möglichkeiten eröffnen, statt sie zu hemmen. Gerade soziale und für die Gesellschaft sensibilisierende Formen des Lernens sollten durch die neuen technologischen Möglichkeiten gefördert werden. Wir nehmen den Datenschutz der Lernenden ernst. Gesundheit und Wohlbefinden der Lernenden und Lehrenden sind ein essentielles Gut. Deshalb sollen Lernende einen sicheren und produktiven Umgang mit digitalen Medien lernen.

Die Stellungnahme der Ständigen wissenschaftlichen Kommission der Kultusministerkonferenz zur Strategie „Bildung in der digitalen Welt“ haben wir mit Besorgnis zur Kenntnis genommen. Denn sie verfolgt in unseren Augen entgegen der ursprünglichen Strategie nicht ein Primat der Pädagogik, sondern ein Primat des technisch Machbaren.

Die GEW kritisiert die einseitige Messbarmachung und Ökonomisierung von Bildung. Die Fokussierung auf Effizienz und Effektivität, die in der Stellungnahme in Forderungen wie z.B. einer „höheren Effektstärke von Lernzuwachsen“ (S.11) zum Ausdruck kommt, sehen wir skeptisch. Auch Positionen, die besagen, dass „reine „Drill and Practice“ Programme zur „Automatisierung von Basisfertigkeiten (z.B. Vokabellernen) dennoch sinnvoll sein“ können sehen wir kritisch. Der Bereich der gesellschaftswissenschaftlichen und sprach- und literaturwissenschaftlichen Fächer sowie der kulturellen Bildung ist in der Stellungnahme zudem nicht adäquat abgebildet.

Die Coronapandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Nun kommt es darauf an, die Digitalisierung im Bildungsbereich qualitativ und pädagogisch sinnvoll zu gestalten. Hierzu fordert die GEW vor dem Hintergrund der SWK-Stellungnahme:

- Die reine Anwendungsbezogenheit muss kritisch hinterfragt werden. Wir fordern nicht einfach ein Mehr an Digitalisierung, sondern möchten junge Menschen darauf vorbereiten, die digitalisierte Welt demokratisch zu gestalten. Der Bildungsbegriff entwickelt sich in Dokumenten wie der SWK-Stellungnahme jedoch immer weiter weg hin zu einer rein anwendungsorientierten Bildung und einer Bildung unter ökonomischen Gesichtspunkten.
- „Bildung in der digitalen Welt“ braucht ein gesellschaftliches Verständnis und Interdisziplinarität. Seit dem Dagstuhl-Dreieck hat sich ein Modell etabliert, das neben der technologischen und der anwendungsorientierten Perspektive auch die gesellschaftlich-kulturelle Perspektive einbezieht. Es geht eben um Bildung *in* der digitalen Welt und nicht um „digitale Bildung“. Die gesellschaftlich-kulturelle Perspektive fehlt in der Stellungnahme der SWK.
- Technologie sollte in ihrer Entstehung und Folgeabschätzung kritisch hinterfragt werden. Hierzu gehört auch zu prüfen, ob die eingesetzten Technologien nachhaltig sind und wieviel Energie verwendet wird. Dies bedeutet gerade nicht Technologiefeindlichkeit, sondern demokratische Technologiegestaltung. Hierzu bedarf es auch und gerade technologischer Kompetenzen.
- Bildung ÜBER Medien/Medienmündigkeit  
Dagegen setzt die GEW sich für eine Bildung in der digitalen Welt ein, die die Lernenden zur Medienmündigkeit befähigt – ein Lernen *mit* und *über* Medien. Ziel ist es, Lernende darauf vorzubereiten, die digitalisierte Welt zu verstehen, kritisch zu reflektieren und aktiv mitzugestalten. Dies ist eine zutiefst demokratische Frage.
- Die in der Stellungnahme auf S. 21 aufgestellte Forderung „Dabei sollte auch geprüft werden, inwiefern neue Verfahren wie Learning Analytics oder Data Mining zur Gewinnung relevanter Daten für Planung, Qualitätssicherung und -entwicklung an Schulen auf unterschiedlichen Ebenen (Schule, Schulaufsicht, Schulbehörde) genutzt werden können“ lehnen wir grundsätzlich ab. Algorithmen dürfen nur nach einer sorgfältigen Technikfolgeabschätzung unter Berücksichtigung der Mitbestimmung eingesetzt werden. Die GEW kritisiert einen Ansatz, der Bildung zwar bis in den letzten Winkel messbar machen möchte, dabei aber das Große aus den Augen verliert. Lernende sollen das Werkzeug an die Hand bekommen, um mündig in der digitalisierten Welt navigieren und mitgestalten zu können. Hierbei ist es zentral, die Mechanismen von Algorithmen, Programmen und Daten zu kennen – eine datenpolitische Bildung. Diese fragt nicht nur nach Problem und Lösung, weil es nicht nur einen technokratischen Weg zur Lösung gibt. Sie ist notwendig, damit junge Menschen lernen, sich innerhalb unterschiedlicher politischer, ethischer und moralischer Konzepte zu positionieren.

- Betriebswirtschaftliche Effizienzkriterien und zweckrationales Denken werden in der heutigen Gesellschaft auf immer mehr Bereiche ausgedehnt – auch auf Lernprozesse im Bildungsbereich. Diese ökonomische Landnahme des Bildungsbereichs kritisieren wir. Stattdessen sollte der Unterricht Strukturen der digitalen Gesellschaft thematisieren: Wie funktioniert Wirtschaft im digitalen Kapitalismus? Wie werden unsere Daten zur Ware und: Wollen wir das?
- Die auf Seite 11 formulierten Empfehlungen zur **obligatorischen** Nutzung digitaler Werkzeuge zur Beantwortung von Aufgabenformaten des IQB-Bildungstrends und Vergleichsarbeiten sehen wir sehr kritisch. Außerdem kritisieren wir die Forderung, die Länderverordnungen über Klassenarbeiten und zentrale Abschlussprüfungen „um Ausführungen zur obligatorischen Nutzung digitaler Werkzeuge bei der Aufgabenbearbeitung zu ergänzen“. Angesichts der digitalen Spaltung würde so die soziale Schieflage weiter verschärft und Schüler:innen, die einen schlechteren Zugang zu digitalen Werkzeugen haben, strukturell in Prüfungssituationen benachteiligt. Außerdem wenden wir uns gegen eine obligatorische Nutzung digitaler Werkzeuge in Prüfungssituationen. Digitale Werkzeuge sollten nur dann genutzt werden, wenn es wirklich sinnvoll und nötig ist. Eine Bewertung der Nützlichkeit und Sinnhaftigkeit kann für verschiedene Fächer und Kontexte sehr unterschiedlich ausfallen.
- Schulverwaltung  
Kritisch sehen wir die Forderung nach einer digitalen Aufbereitung und Bereitstellung von Daten für Schulleitungen und Schulaufsicht bzw. Kitaleitungen und Kitaaufsicht auf Grundlage eines Informationsmanagementkonzepts, das zentrale Indikatoren und Kennwerte definiert. Dieses soll laut der Empfehlung (S.22) zwar auf Grundlage von transparenten und partizipativen Verfahren der Qualitätsentwicklung Daten rückmelden. Es muss aber kritisch hinterfragt werden, wer für die Informationsmanagementsysteme die „Kernindikatoren für Kontext-, Input-, Prozess- und Outputqualität“ (S. 20f.) definiert. Die angestrebte „nachhaltige Verankerung datenbasierter Entscheidungen in Schulen“ suggeriert eine verobjektivierbare und messbare Entscheidungsfindung, die es in diesem Kontext vielleicht so gar nicht geben kann.